

Amtsblatt

für den Salzlandkreis
- Amtliches Verkündungsblatt -



18. Jahrgang

Bernburg (Saale), 16. Oktober 2024

Nummer 47

I N H A L T

A. Amtliche Bekanntmachungen des Salzlandkreises

Öffentliche Bekanntmachung

über die Errichtung und den Betrieb von 11 Windenergieanlagen im Windpark
Bördeland der Firma Lorica Windpark Bördeland GmbH & Co. KG

235

B. Amtliche Bekanntmachungen der Städte, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften

C. Amtliche Bekanntmachungen sonstiger Dienststellen

D. Sonstige Mitteilungen

Impressum

Herausgeber und Herstellung:

Erscheinungsweise:

Bezug:

Salzlandkreis

nach Bedarf

Salzlandkreis, 06 Stabsstelle Digitalisierung und Innovation, CDO/CIO,
Projektmanagementoffice, Erdgeschoss, Zimmer 121,
Karlsplatz 37 in 06406 Bernburg (Saale)

A. Amtliche Bekanntmachungen des Salzlandkreises

Öffentliche Bekanntmachung des Salzlandkreises, Fachdienst 42 Klima-, Umwelt- und Naturschutz, Untere Immissionsschutzbehörde gemäß § 10 Abs. 3, 4 und 6 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BlmSchG) i. V. m. §§ 8, 9 der neunten Verordnung zur Durchführung des BlmSchG (Verordnung über das Genehmigungsverfahren - 9. BlmSchV) zum Antrag der Lorica Windpark Bördeland GmbH & Co. KG, Magdeburger Straße 7, 39221 Bördeland / OT Biere auf Erteilung einer Genehmigung nach §§ 4, 10 BlmSchG zur Errichtung und den Betrieb von 11 Windenergieanlagen (2 x WEA Vestas V-162, 6,2 MW, NH 169 m, Rd 162 m, GH 250 m; 3 x Vestas V-172, 7,2 MW, NH 175 m, Rd 172 m, GH 261 m; 6 x Vestas V-172, 7,2 MW, NH 164 m, Rd 172 m, GH 250 m) im Windpark Bördeland.

Die Firma Lorica Windpark Bördeland GmbH & Co. KG hat beim Salzlandkreis mit Datum vom 27.03.2024 (PE 28.03.2024) die Erteilung einer Genehmigung nach §§ 4, 10 Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BlmSchG) zur

Errichtung und den Betrieb von 11 Windenergieanlagen (2 x WEA Vestas V-162, 6,2 MW, NH 169 m, Rd 162 m, GH 250 m; 3 x Vestas V-172, 7,2 MW, NH 175 m, Rd 172 m, GH 261 m; 6 x Vestas V-172, 7,2 MW, NH 164 m, Rd 172 m, GH 250 m) im Windpark Bördeland

beantragt.

Die Inbetriebnahme der 11 WEA ist im I. Quartal 2027 geplant.

Zuständig für die Durchführung von Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen sind gemäß Immi-Zuständigkeitsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom 8.10.2015 (zuletzt geändert am 18.12.2018) die Landkreise, hier der Salzlandkreis.

Gemäß Nr. 1.6.2 (V) des Anhangs 1 der vierten Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BlmSchV, sind Anlagen zur Nutzung von Windenergie mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 m und weniger als 20 Windkraftanlagen im vereinfachten Verfahren nach §§ 4, 19 BlmSchG zu genehmigen.

Gemäß dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) Anlage 1, Nr. 1.6.2 ist für die Errichtung und dem Betrieb einer Windfarm mit Anlagen mit einer Gesamthöhe von jeweils mehr als 50 m mit 6 bis weniger 20 Windkraftanlagen eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 7 Abs. 1 Satz 1 UVPG durchzuführen.

Der Vorhabenträger hat auf Grundlage des § 7 Abs. 3 UVPG freiwillig eine Umweltverträglichkeitsprüfung beantragt. Der Salzlandkreis hat dies als zweckmäßig erachtet. Somit ist gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1c) der 4. BlmSchV das Genehmigungsverfahren nach § 10 BlmSchG (förmliches Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung) durchzuführen.

Das Vorhaben wird hiermit der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen des § 10 Abs. 3, 4 und 6 BlmSchG in Verbindung mit den §§ 8, 9 der 9. BlmSchV öffentlich bekannt gemacht.

Durch den Salzlandkreis werden mit Beginn des Teilnahmeverfahrens insbesondere folgende Antragsunterlagen, die die Angaben über die Auswirkungen der Anlage auf die Nachbarschaft und die Allgemeinheit beinhalten sowie sonstige entscheidungserhebliche Berichte und Empfehlungen (vgl. § 9 Abs. 1 Nr. 3 und § 10 Abs. 1 der 9. BlmSchV), ausgelegt:

- UVP-Bericht,
- Artenschutzfachbeitrag,
- Fachgutachten Fledermäuse,
- Akustisches Gondelmonitoring
- Landschaftspflegerischer Begleitplan,
- Schallgutachten,
- Schattenwurfgutachten,
- Bauantrag
- Kurzbeschreibung des Vorhabens
- Angaben zum Anlagenbetrieb

- Gehandhabte Stoffe, wassergef. Stoffe
- Angaben zur Anlagensicherheit
- Angaben zu Abfällen,
- Angaben zu Abwässer,
- Angaben zum Arbeitsschutz,
- Angaben zum Brandschutz,
- Angaben zur Energieeffizienz,
- Maßnahmen nach Betriebseinstellung
- Übersichtspläne
- Lagepläne
- Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange
- Erwiderungen Vorhabenträger.

Soweit Unterlagen Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse enthalten sind, wird an ihrer Stelle die Inhaltsdarstellung nach § 10 Absatz 2 Satz 2 des BImSchG ausgelegt.

Die oben genannten Unterlagen, die die Angaben über die Auswirkungen der Anlage auf die Nachbarschaft und die Allgemeinheit beinhalten sowie sonstige entscheidungserhebliche Berichte und Empfehlungen, die der Genehmigungsbehörde zum Zeitpunkt des Beginns der des Beteiligungsverfahrens vorlagen, liegen in der Zeit vom

24.10.2024 bis einschließlich 27.11.2024

bei folgenden Behörden aus und können dort zu den angegebenen Werktagen und Zeiten eingesehen werden:

1. Salzlandkreis
Aufgang D, Zimmer 506
Ermslebener Str. 77
06449 Aschersleben

Montag: 09:00 – 12:00 Uhr
Dienstag: 09:00 – 12:00 Uhr und
14:00 – 18:00 Uhr
Mittwoch: 09:00 – 12:00 Uhr
Donnerstag: 09:00 – 12:00 Uhr und
14:00 – 16:00 Uhr
Freitag: 09:00 – 12:00 Uhr

2. Gemeinde Bördeland
OT Biere
Magdeburger Str. 3
39221 Bördeland
Tel.: 039297/260

Dienstag: 09:00 – 12:00 Uhr und
13:00 – 17:30 Uhr

Donnerstag: 09:00 – 12:00 Uhr und
13:00 – 16:30 Uhr

3. Gemeinde Sülzetal
OT Osterweddingen
Alte Dorfstraße 26
39171 Sülzetal
Tel.: 039205/646-0

Dienstag: 09:00 – 12:00 und 13:00
– 18:00 Uhr

Donnerstag: 09:00 – 12:00 und
13:00 – 16:30 Uhr

4. Verbandsgemeinde Egelner Mulde
Markt 18
39435 Egelin
Tel.: 039268/944-0

Montag: 09:00 – 12:00 und 13:00 –
16:00 Uhr

Dienstag: 09:00 – 12:00 und 13:00
– 18:00 Uhr

Donnerstag: 9:00 – 12:00 und
13:00 – 18:00 Uhr

Freitag: 09:00 – 12:00 Uhr

5. Stadt Staßfurt
FD 61 Planung, Umwelt u. Liegen-
schaften
Steinstraße 19
39418 Staßfurt
Tel.: 03925/981-0

Montag: 09.00 – 12.00 Uhr

Dienstag: 09.00 – 12.00 Uhr und
13.00 – 18.00 Uhr

Donnerstag: 09.00 – 12.00 Uhr und
13.00 – 16.00 Uhr

Freitag: 09.00 – 12.00 Uhr

Ferner sind die genannten Unterlagen gemäß § 20 Abs. 2 UVPG über das zentrale Internetportal der Länder unter folgendem Link: <https://www.uvp-verbund.de/> mindestens bis zum Eintreten der Bestandskraft der Entscheidung abrufbar.

Einwendungen gegen das Vorhaben können vom **24.10.2024 bis einschließlich 09.01.2025** schriftlich oder elektronisch bei der Genehmigungsbehörde oder bei der Stelle erhoben werden, bei der der Antrag und die Unterlagen zur Einsicht ausliegen.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonders privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Einwendungen werden der Antragstellerin bekannt gegeben. Auf Verlangen des Einwenders kann dessen Name und Anschrift unkenntlich gemacht werden.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Genehmigungsbehörde nach Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens darüber, ob ein Erörterungstermin durchgeführt wird, um die frist- und formgerecht erhobenen Einwendungen zu erörtern.

Sofern ein Erörterungstermin durchgeführt wird, findet dieser wie folgt statt:

Datum: 06. Februar 2025
Beginn der Erörterung: 10:00 Uhr
Ort der Erörterung: Salzlandkreis, Haus 1, Altbau – 1. OG (ehem. Cafeteria), Ermslebener Str. 77, 06449 Aschersleben

Zu diesem Termin wird nicht gesondert eingeladen. Bei Bedarf wird in dieser Veranstaltung ein Termin für die Fortführung der Erörterung festgelegt. Es wird darauf hingewiesen, dass form- und fristgerecht erhobene Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), gilt für das Verfahren derjenige Unterzeichner als Vertreter der übrigen Einwender, der darin mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als Vertreter bezeichnet ist, soweit er nicht von ihnen als Bevollmächtigter bestellt worden ist. Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Gleichförmige Einwendungen, die die vorgenannten Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, können unberücksichtigt bleiben.

Entscheidet die Genehmigungsbehörde, dass kein Erörterungstermin stattfindet, wird dies rechtzeitig bekannt gegeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen und den Genehmigungsantrag, mit

Ausnahme an die Antragstellerin, durch öffentliche Bekanntmachung erfolgt.

gez. Michling
Leiter der Verwaltungsdirektion